

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Das „Volksstimme“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Feiertage. Verantwortlicher Redakteur für den Zeitungs- und Anzeigenbetrieb: Carl Wendenitz, für den Anzeigenbetrieb: Carl Wendenitz, für den Zeitungs- und Anzeigenbetrieb: Carl Wendenitz.

Verlagspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postämtern 2.00 Mark ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Zeilenbreite 20 Pfennig, Anzeigen von anderwärts 25 Pfennig, im Westfälisch 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Georg Meißnerstraße 27. — Druckerei: Halle, Georg Meißnerstraße 27. — Verlagspreis: 500.

Nr. 59.

Halle, Mittwoch den 8. August 1917.

1. Jahrgang.

Selbstherrscher Kerenski.

Es war also nur Mittel zum Zweck, das Entlassungsgesuch Kerenski's, das wir gestern besprochen haben. Es war ihm nicht Ernst um den Rücktritt. Er hat ihn nur benutzt als Krücke auf den Ausfühler der Sowjets, der Arbeiter- und Soldatenräte, um seinen Plan durchzuführen, mit den Bürgerlichen zusammen die Macht zu organisieren und die Regierung zu bilden. Sowie der Exekutivausfühler seinen Widerstand aufgegeben, hat Kerenski sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen und sich bereit erklärt, der Selbstherrlicher Rußlands zu werden.

Er tut das mit der Veröffentlichung der folgenden Erklärung, die sein Selbstherrschertum verkündet:

Angesichts der offensichtlichen Unmöglichkeit, mittels eines allgemeinen Referendums zwischen den verschiedenen politischen Strömungen, den sozialistischen und den nichtsozialistischen, eine kraftvolle revolutionäre Macht zu schaffen, wie sie für den gegenwärtigen Augenblick erforderlich, sah ich mich gezwungen, zurückzutreten. Die Konterrevolutionäre der hauptsächlich sozialistischen, demokratischen und liberalen Parteien am 3. August hatten nach langen Beratungen das Ergebnis, daß die in dieser Konferenz vertretenen Parteien beschlossen haben, mir die Aufgabe der Umbildung des Kabinetts zu übertragen. Da ich es für unmöglich halte, unter den gegenwärtigen Umständen, was eine sichere Sicherung und ein innerer Zerfall des Land bedrohen, mich der wie amvontänen schmerzlichen Pflicht zu entziehen, bestreite ich diese Pflicht als ausdrücklichen Befehl des Landes, in möglichst kurzer Zeit und allen sich etwa erhebenden Hindernissen zum Trotz eine kraftvolle revolutionäre Macht zu schaffen.

Ich gehe die Lösung dieser Aufgabe auf meine unabhängige Überzeugung zu stützen, daß das Wohl des Vaterlandes und der Revolution die Pflicht auf die Parteien zwingt, sich zu entscheiden, bestreite ich diese Pflicht als ausdrücklichen Befehl des Landes, in möglichst kurzer Zeit und allen sich etwa erhebenden Hindernissen zum Trotz eine kraftvolle revolutionäre Macht zu schaffen.

Da ich zur Regierung gehöre von der ersten Stunde an, was die Pflicht der Macht in die Hände des Volkes überträgt, in habe ich es für unerlässlich, bei Umbildung der Regierung mich auf die nach und nach von ihr ausgehenden und in ihren Veränderungen ausgeprochenen Grundfälle zu stützen. Gleichzeitig habe ich es in meiner Eigenheit als Regierungsoberhaupt für unvermeidlich, eine Veränderung in der Ordnung und in der Verteilung der Regierungsarbeit einzuführen, da ich es nicht für am Platze halte, mich durch die Erzwangung

behindern zu lassen, daß viele Veränderungen meine Verantwortung hinsichtlich der höchsten Aufgaben des Staates erhöhen werden.

Der Minnertieg der imperialistischen Kadetten hat mit Kerenski's Hilfe seinen vorläufigen Sieg erfochten: die sozialdemokratische Zeitung ist in die Luft gesprengt. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die Stütze der Freiheits- und Friedenshoffnung der Menschheit, haben abgedankt. Nachdem die Entscheidung in ihrem Namen die bestimmte Weigerung ausgesprochen hatte, die Regierung zu übernehmen, hat der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat seine Macht verloren. Die Exekutivausfühler der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte haben mit 147 gegen 46 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen zugestimmt, daß Kerenski völlig selbständig die Bildung des Ministeriums übernimmt, und Kerenski hat sich in der obigen Proklamation dazu bereit erklärt.

Jeder Einfluß der Parteien, insbesondere der Sozialisten durch das Mittel der Arbeiter- und Soldatenräte, wird ausgeschlossen, Kerenski selbst sucht sich die Männer aus, mit denen er den Krieg fortführen, die Kampffähigkeit des Heeres erhalten und die wirtschaftliche Stärke des Landes wiederherstellen will. Kom

Frieden sagt er kein Wort

mehr. Das Ausland Kerenski's ist im Augenblick für die Friedensfrage verloren, und damit ist es die Friedensidee selbst. Heber Stockholm geht ein Licht verkündender Stern auf. Wie lange sich freilich Kerenski in seiner neuen unbeschränkten Machtgröße zu halten vermag, das ist eine andre Frage.

Zunächst jedenfalls endet der zweite Abschnitt der russischen Revolution in der Diktatur. Ihre erste Periode nach dem Sturz des Zarismus zeigte das Proletariat im Angriff und im Sieg. Ihr Höhepunkt war der Sturz der Kriegsheber Gutschkow und Miljutow. Dann aber schreckte die Arbeiterklasse davor zurück, weiter zu gehen bis zur sozialistischen Alleinhererschaft und zum sofortigen Friedensschluß. Sie hatte aus der ersten Revolution von 1905/06 viel gelernt. Sie glaubte fest daran, daß die erste Revolution gescheitert sei, weil die Arbeiterklasse durch über-

fliegenden Radikalismus das verängstigte Bürgertum in die Hände der Reaktion zurückgetrieben habe. Der gleiche Fehler sollte nicht noch einmal gemacht werden; um jeden Preis sollten die bürgerlich-demokratischen Minister in der Regierung gehalten werden.

Sobald aber die Bourgeoisie merkte, daß die Sozialisten sie für unentbehrlich hielten, ging sie ihrerseits zur Offensive über

und stellte ihre Bedingungen. Sie forderte vor allem kraftvolle Fortführung des Krieges und Aufhören des Streikens der Arbeiter- und Bauernräte. Sie hat ihr Ziel erreicht. Sie hat Kerenski zum Diktator erhoben und damit zugleich für den Augenblick in eine imperialistische Kapitalistenrepublik zurückverwandelt, die den Arbeitern nicht mehr bietet als etwa die französische Republik, d. h. nichts. Ob die russische Arbeiterklasse so geschwächt ist, daß sie sich diesen Kauf ihrer Erzeugnisse gefallen lassen muß, wird man erst in einigen Wochen beurteilen können.

Vorläufig atmet der englische Diktator Lloyd George wieder auf. Er vertraut seinem russischen Kollegen und hofft, daß dieser es mit Hilfe der Bourgeoisie schon leisten wird. Wie weit diese Hoffnung berechtigt ist, wird sich einigermaßen nach dem Ergebnis des Moskauer großen Nationalkongresses beurteilen lassen, dessen Beginn auf den 13. August angesetzt ist. Bis dahin wird Kerenski mit Miljutow's Hilfe sein Kabinett wohl zutande gebracht haben. Der Verlauf des Kongresses wird dann aufdecken, ob hinter dem neuen bürgerlich-sozialistischen Koalitionsministerium eine Machtprobe steht, die an den Fronten und im Land Ordnung schaffen kann. So sicher, wie die Weltmächte jetzt hoffen, ist das noch nicht. Zwischen den Parteien, die Kerenski zusammenspannen will, um den Krieg fortzuführen, gähnt die Agrarfrage, die die eigentliche russische Frage ist, und die jene Parteien aus Gründen, die mächtiger sind als jeder Wille, immer wieder auseinanderprengen muß.

Unbeschadet dessen ist das äußere Bild, das die russische Revolution im fünften Monat bietet, dieses: sie hat einen Selbstherrscher vom Thron gestürzt, um einen Selbstherrlicher auf die Ministerbank zu setzen. Wie weit wird seine Macht reichen? —

Was wird das werden?

Durch die Ernennung der neuen Staatssekretäre und preussischen Minister ist die Regierung Midoelsch erst im Bilde ihres eigenen Charakters herangereift. Charakter ist aber eigentlich ein etwas zu großes Wort. Lieber die Absichten und Ziele der Regierung läßt sich aus den Reden ihrer neuen Männer sehr wenig erraten. Eisenhart, Nolde, Vogel, Schmidt, Drews, die vier preussische Reichs- und Provinzialräte, gehören sicherlich nicht zu jenen Männern, von denen man sagen kann, ihr

Name bedeute ein Programm.

Ja, dies kann man auch von den fünften der neuen Preußen kaum sagen, denn obwohl Spahn Sprecher der Zentrumspartei im Reichstag ist, gehört er nicht zu den Persönlichkeiten, die mit Energie einem großen politischen Ziele zuzustreben, als Mittelmänner dürfte er ein recht beachtliches Dasein führen. Man könnte annehmen, er sei in die preussische Regierung aufgenommen worden, um die Stimmen des Zentrums für die Wahlreform zu sichern. Wäre aber dies die Absicht gewesen, so hätte wohl auch ein nationalliberaler Politiker auf der Ministerbank neben ihm Platz genommen. Die Nationalliberalen, die zum Zentrum in einem eigentümlichen Verhältnis halb der Führungsbewandlung und halb der Konkurrenz stehen, werden es recht unangenehm empfinden, daß der erste schicksalreiche Anfang mit der Parlamentarischen Regierung in Preußen just mit einem Zentrumsmann gemacht worden ist. Man erinnere sich daran, wie eifervoll sich der Führer der nationalliberalen Fraktion im Abgeordnetenhaus, Dietberg, für die Befreiung der frei werdenden Ministerposten mit preussischen Parlamentariern einsetzt hat. In-

des ist kein preussischer Abgeordneter preussischer Minister geworden, sondern nur ein Reichstagsabgeordneter vom Zentrum.

Als Austauschminister fungieren in hinnerwärtigen der preussische nationalliberale Abgeordnete von Franke zum Staatssekretär des Reichsjustizministeriums ernannt worden. So daß die Nationalliberalen trösten wird, steht dahin. Die nationalliberale Fraktion des Reichstags hätte es jedenfalls lieber gesehen, wenn einer der Ihren in die Regierung berufen worden wäre. Auf der andern Seite ist es sehr merkwürdig, daß nicht einmal der Versuch gemacht worden ist, ein Mitglied der Reichstagsmehrheit für die Regierung zu gewinnen. Das alles sieht so aus, als ob selbst ein scheinbares

Gutgegenkommen an den Parlamentarismus

weilhaftisch hat vermeiden werden sollen. In die preussische Regierung ein Reichstagsabgeordneter, in die Reichsregierung ein Landtagsabgeordneter. Weder hier noch dort zeigt sich die Absicht, den Parteien des Hauses selbst einen Einfluß auf die Regierung einzuräumen.

Von den neuen preussischen Ministern ist keiner im parteipolitischen Sinne des Wortes konservativ. Alle haben die Übernahme ihres Amtes erklärt, daß sie bereit seien, für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen einzutreten. Steiner von ihnen — auch von Eisenhart-Nolde nicht — dürfte in der Regierung als Vertrauensmann der Konservativen wirken wollen.

Von den neuen Staatssekretären im Reich ist der des Reichsjustizministeriums, Müdlin, politisch vollkommen unbekannt, er

dürfte in seiner Stellung auch keine Gelegenheit haben, auf die Politik des Reiches irgendwelchen Einfluß auszuüben. Straube, Wolffra und Schwander sind in verschiedenen Anstellungen liberal. Als hochkonservativ galt bisher der Oberpräsident von Pommern, von Waldow, der an Stelle Potosch's das zum Reichsernährungsamt verordnete Kriegsernährungsamt übernimmt. Aber es dürfte ihm kaum etwas anderes übrigbleiben, als die Pohlen Potosch's zu wandeln, den trotz seiner konservativen Grundstimmung die Pflicht des Berufs in

Konflikt mit den Agrariern

gebracht hat.

Anßerdem ist ihm ein sozialdemokratischer Unterstaatssekretär beigegeben worden. Doktor August Müller ist selbstverständlich nicht als Vertreter der sozialdemokratischen Partei in die Regierung eingetreten. Als Vertreter der konungsgemeinschaftlichen Kontrolle in Hamburg ist er zeitweilig in das Kriegsernährungsamt eingetreten. Die Tatsache, daß er Mitglied der sozialdemokratischen Partei und außerdem ein früherer wegen Reichstagsbeleidigung verurteilter sozialdemokratischer Redakteur ist, war unter den gegenwärtigen Umständen kein Hindernis für seine Berufung in ein hohes Reichsamt. In dieses ist er für seine Person, aber nicht in seiner Eigenschaft als Mitglied der sozialdemokratischen Partei eingetreten. Daran folgt also nicht, daß die sozialdemokratische Partei als solche „regierungsfähig“ geworden ist, noch weniger, daß sie die Absicht habe, sich verantwortlich an der Regierung mit zu beteiligen.

Den dergleichen kann gar keine Rede sein, da ja der ganze Wechsel in den Regierungskreisen mit dem parlamentarischen System nichts zu tun hat. Es ist aber daraus, daß man in Zukunft keinen Reichs- oder Staatsbeamten daran hindern kann, öffentlich seine sozialdemokratische Gesinnung zu bekünden.

Ein Mann, von dem man weiß, daß er Sozialdemokrat ist, zum Unterrichtsreferat ernennen, und einen andern zu disziplinieren, weil er als Beamter seine sozialdemokratische Gesinnung zu erkennen gegeben hat, das wäre ein ganz offenkundiger, ganz unbilliger Widerspruch. Aus der Ernennung Dr. Müllers kann man also folgern, daß die Mehrheit bezieht, die sozialdemokratische Partei in Zukunft als gleichberechtigt zu behandeln in dem Sinne, daß ein Staatsbeamter, ein Richter, Professor, Lehrer, Verwaltungsbeam-

ter usw. sich in Zukunft ebensogut als Sozialdemokrat befehlen kann wie als Konserverfabrik, Zentrumsmann oder Liberaler. Die Zeiten der Reg. Arons sind vorbei!

Ein ganz besonderes Interesse beansprucht selbstverständlich die Ernennung des bisherigen Postdirektors von Konstantinopel, von A. H. I. A. N. N., zum Staatssekretär des Innenministeriums. Diese Ernennung ist von der konservativ-liberalen Presse geradezu mit Vergewaltigung gefeiert worden, sie ist heute trotzdem vollzogene Tatsache. Die alldemokratische Presse hatte bisher versucht, den Reichsfänger für ihren heimlichen Gesinnungsgegner anzugeben. Nun aber ist zum Leiter der auswärtigen Politik Mühlmann ernannt worden, der geradezu ihr schwarzer Mann ist. Schändlich ist doch auch die holländische Presse als einen radikalen Friedensfreund und — trotz alledem! — heimlichen Anhänger einer Verständigung mit England.

Die Rechte des Reichstags wird also den neuen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

mit dem größten Mißtrauen, hoffentlich wird sich zeigen, daß dieses Mißtrauen nicht unverbient ist.

Alles in allem: Die neue Regierung Michaelis zeigt keinen einheitlichen Zug. Aber selbst die sichern Verbindungsbrücken zu den politischen Parteien. Keine von ihnen dürfte ein besonderes Interesse daran haben, sie zu stützen. So sieht es wenigstens aus, wenn man die Namen der neuen Männer betrachtet. Wie sich das Verhältnis der Regierung zu den Parteien gestaltet, wird freilich mehr als von den Namen von den Taten der neuen Männer abhängen, denen man ohne überspannte Erwartungen entgegenzusehen.

Was der Krieg bringt.

Der Vormarsch im Osten.

Die deutsche Heeresleitung ergänzend halbmonatliche Darstellung bringt folgende Angaben über die Kampfhandlungen im Osten:

Im Osten wurde südlich von Czernowitz die Linie erreicht und überschritten, aus der die russische Offensive 1916 vordrang. Im Ostgalizien liegt sie bereits zu 60 Kilometer hinter der neuen Front.

Die Russen haben sich zwischen Dnjestr und Pruth sowie südlich des Pruth an der rumänischen Grenze zu neuem starken Widerstand gestellt. Im Kadawer Becken konnte als Frucht der erfolgreichen Gefechtskämpfe der letzten Tage die Stadt Madau besetzt werden. Seitiger Widerstand, den die Russen noch vor der Stadt versuchten, wurde von den mit großer Tapferkeit kämpfenden österreichisch-ungarischen Truppen gebrochen.

Weiter südlich sind die Ostkarpaten Crebletic und Hadiffalva erreicht. Damit ist ein großes Stück der von Czernowitz nach Suczawa führenden Bahn in den Händen der Verbündeten.

Auf den Höhen östlich der Moldawia und Bistritza dauert der Vormarsch an. Russische Gegenangriffe bei Ungeni im Bistritzaal scheiterten. Auch südlich der Bistritza werden die Russen. Der Aufbruch der Weagza ist überschritten und die Höhen von Bir. Sainci bis zum S. Sacatal erreicht. Am War. Cagulnic häufen sich die rumänischen Verluste. Alle Angriffe gegen den zähe verteidigten Berg sowie gegen die Höhen nördlich des Klosters Lepia wurden abgelenkt.

Flandern.

Dem ergänzenden Bericht der deutschen Heeresleitung entnehmen wir folgendes:

Die erste Schlacht um die flandrische U-Boot-Basis ist geschehen und die Engländer verloren. Auch der 5. August, der für die Angriffsaktion, brachte noch keine Wiederholung des schlagelagen ersten Durchbruchversuchs. Die Engländer versuchten ihre artilleristischen und infanteristischen Kräfte in Teilschlachten.

Das englische Feuer nahm in der Gegend Tric-Grachten, Draabank und südlich Lancaemer zeitweise große Heftigkeit an. Wehrkräfte scheiterten an Angriffen, so in der Gegend Hallebeke. Bei Frezenberg wurden zum Sturm bereitgestellte starke englische Ansammlungen in den Gräben unter Verdichtungsfeuer genommen und der hier beabsichtigte Angriff im Keim erstickt.

Deutsche Stoßtruppen stießen in der Nacht zum 5. August an zahlreichen Stellen in die englischen Gräben vor und kamen mit Beute und Maschinengewehren zurück. Wehrkräfte des Kanals bei Hallebeke wurden vier Offiziere, 50 Mann und vier Maschinengewehre eingebracht, bei Vigschoote 14 Mann und zehn Maschinengewehre.

Die ganze Nacht zum 6. August hindurch unternahmen die Engländer eine Reihe von Teilangriffen im Herdengenen. Eine englische Abteilung nach der andern brach im deutschen Abwehrfeuer zusammen. Auch im Antischicht. Abschnitt war am Abend des 5. August das Feuer lebhaft, ebenso an der Küste, wo seit Tagen die englische Feuerzähigkeit eine Steigerung zeigt.

22000 Tonnen.

Am 12. wird unterm 6. August gemeldet: Im nördlichen Sperrgebiet wurden durch die Taktik unter U-Boote neuerdings 22 000 Fruchtkorn getonnen versenkt.

Unter den verendeten Schiffen befanden sich ein großer Passagierdampfer, allem Anschein nach der englische Hilfskreuzer „Cruan“ (12 977 Tonnen), ferner ein großer, schwer beladener Frachtdampfer, der aus Siegen herangefahren wurde. In der letzten Zeit sind die Verluste der neutralen Handelsflotte, die in den frühesten Monaten des unelingebrachten U-Boot-Krieges etwa ein Fünftel der Gesamtverluste betragen, erfreulicherweise hinter diesem Durchschnitt zurückgeblieben.

Der Seetrig.

Berichtet. „Moesdoo“ meldet, daß der italienische Dampfer „Carlo“ (3572 Tonnentonnen) auf der Fahrt von England nach Italien torpediert wurde. Der

schwedische Dampfer „Anna“ ist getrandet und befindet sich in gefährlicher Lage. Einer Wache des „Imperial“ zufolge haben U-Boote südwestlich von Rabj den norwegischen Dampfer „Karlo“ (2315 Tonnentonnen) (Londen), in der Nähe von Skotland den englischen Dampfer „Spee“ mit Zucker, Kaffee und konservierter Milch für Gibraltar, und in der Nähe von Gornaa einen englischen Dampfer von 3000 Tonnentonnen versenkt. Nach einer Meldung des „Progress“ aus Haccio wurde ein großer, schwer beladener englischer Dampfer versenkt. Nach einer „Tempo“-Meldung aus San Sebastian sind dort vierzehn Matrosen des spanischen Dampfers „Paraguito“ angesunken, der bereits am 17. Juli, drei Tage nach der Abfahrt von Bergen, von einem deutschen U-Boot versenkt worden sein soll. Die spanische Jenseit hat diese Nachricht bisher geheimgehalten.

Eine Grenzstadt im Kriege.

Zum drittenmal ist die schmerzerdrückte österreichische Grenzstadt Czernowitz von den Russen befreit worden. Schmerzerdrück nicht nur, weil sie in laune in feindlicher Gewalt, sondern insbesondere weil sie so oft der Mittelpunkt des Kampfes war. Kaum daß sich die Bewohner in eine Lage einzuleben begonnen, kaum daß sie sich von den Schrecken und Gefahren des Kampfes zu erholen begonnen hatten, donnerte es wieder von den Höhen und Unordnung verkehrte noch die Angst.

So war es von allem Anbeginn. Hart an der russisch-rumänischen Grenze gelegen, hatte die Stadt schon am 23. August 1914 den Kanonendonner gehört, das Aufblitzen der Geschosse wahrgenommen und die Verwundeten in schrecklich langem Zuge gesehen. Die braven Landstürmer, die man bis dahin Tag um Tag auf Trabouillengänge hatte gehen sehen, wehrten die Uebermacht ab. Als aber die ehemalige Front in Galizien durchbrochen und die Schicksal um Halsig entchieden war, da konnte auch Czernowitz nicht gehalten werden. Am 4. September 1914 gingen die

Russen mit klingendem Spiel

zum erstenmal in die Stadt ein, ohne sich jedoch in die südliche Bukowina vorzuwagen.

Es war eine Zeit grauam-gemüthlicher Herrschaft. Es wurde getöbelen, aber der Mabel stand hoch im Kurs, und so konnten denn viele die Stadt während der Russenberührung verlassen. Ein reger Brief- und Paketverkehr sorgte für die Verbindung zwischen der Stadt und den Flüchtlingen. Am 20. Oktober 1914 wurde die Stadt

mit einem kühnen Handstreich entsetzt,

und nun begann jenes Spiel mit den zwei Kanonen und den paar Grenztruppen, das den Russen eine große Macht vorstufte und sie jenseits des Pruthflusses freitrieb. Mit freiem Auge konnte man sie reiten und üben sehen. Die Städer nüteten die Zeit, um zu flüchten und das und Gut zu bergen, denn niemand traute dem Frieden.

Als der Frost einsetzte und der Fluß bereitete, war das Schicksal der Stadt abermals entchieden. Am 27. November 1914

besetzten die Russen zum zweitenmal

die Stadt. Diesmal aber drangen sie bis in die südliche Bukowina vor, erst der Weichenstapf von Tormatwa hemmte ihren Siegeszug.

Jetzt richteten sie sich in der Stadt häuslich ein. Russische Kaufleute trieben regen Handel. Wenn die Bevölkerung unter den Drangalierungen und der allgemeinen Unsicherheit auch schwer zu leiden hatte: wirtschaftlich ging es ihr gut.

Auch diese Herrschaft nahm ein jöhes Ende. Am 17. Februar 1915 zogen

österreichische Patrouillen in die Stadt

ein. Noch war die Stadt nicht befreit, denn hart am Pruth standen die Russen. Es bedurfte noch schwerer Kämpfe, ehe sie am 9. Juni 1915 bis an die Weichengrenze zurückgedrängt wurden. Aber nur zwei Tage waren die Grenzorte Nowofeliza und Bojan frei, denn schon drängten die Russen zurück, und nun standen die Truppen genau ein Jahr in fast denselben Stellungen gegenüber.

Nicht etwa in Ruhe, es ist hier nur an die blutigen Kämpfe vor Weichstadt 1915 bis zum Feste der Kaiserweibe (19. Januar 1916) erinnert. Kämpfe, die von der Feindfahrschlacht 1916 noch übertroffen worden sind. Alle Nationen Oesterreichs, auch Deutsche haben in der Erde vor Czernowitz ihre Kinder rufen. Am zu oft Kinder in des Wortes wöhnten Sinn, oft aber auch traubartige Männer. Unter diesen waren viele österreichische Bewohner heimgekehrt. Man handelte, mißtriet, trieb Steuern ein, kurz,

lebte für den oberflächlichen Beobachter wie irgendwo sonst in Oesterreich. In Wahrheit lag über allem eine nervöse ängstliche Haat.

Die militärische Jucht, monatelang ohne Wasserleitung und Licht, das Verbot jeglichen Nachtlebens, die Rechtsunsicherheit und die fete Nähe des Feindes, der wiederholte Kanonendonner konnten nicht spurlos vorübergehen, wenn man sich dessen auch nicht bewußt ist. Aber die Gewohnheit tat vieles, so als gar die südliche Bukowina für die Milder der Flüchtlinge freigegeben worden war, fehlten viele hundert. Man brachte die Ästen und Körbe nach Hause und die Kaufleute füllten ihre Lager, ja man bereitete sogar eine Feier vor, da ein eisernes Wehrschild enthielt werden sollte.

Gerade in diesem Augenblick letzte 1916 russische Offensive ein, und in raschem Ansturm standen die Russen wieder am Pruth. Am Freitag, einem strahlend schönen Tage, verkindete der Polizeidirektor, daß die Russen die Stadt zu belagern gedroht hatten. Zu

wilder Flucht

strömte alles zum Bahnhof, vergessen war das und Gut, vergessen alle die erwarteten Orden, es galt das Leben. Noch hielt ein Meß jener Truppen, die unter der Führung des Obersten Daniel Rapp, eines Siebenbürger Rumänen, die ganze Zeit über die Stadt besetzt hatten, die Russen ab, und erst am 17. Juni 1916 konnten die russischen Patrouillen unter Verletzung der rumänischen Neutralität die Stadt betreten. Ein kurzes Gönngemenge und die Oesterreicher mußten der Uebermacht weichen.

Wieder zogen sie sich bis zum Weichenstapf zurück. Als dann im August 1916 auch Rumänien in den Krieg eintrat, mußte man, daß die Weichung eine lange sein werde. Nur vier Ortlichkeiten — Jakobenz, Tormatwa, Tormatwendi und Pojanastamp — sind in der Bukowina seinen Tag von Russen besetzt gewesen.

Spärlieh kamen während dieser Zeit Nachrichten aus Czernowitz, zuerst über Rumänien, dann über Schweden. Sie berichteten von ruhiger Verwaltung, genügenden Lebensmitteln und Unterrichtsseinrichtungen. 13 Monate hat dieses Leben gedauert, bis wieder Kanonendonner eine Wendung unfindige und am 3. August 1917 österreichische Soldaten abermals die Stadt betreten.

Noch weiß man nicht, ob und wie die Stadt und ihre Bewohner gelitten haben. Die Tage des Abszuges sind immer die ärgsten, da herrschen Juchtllosigkeit und blinde Wut. Die Brände, die Flieger in den letzten Tagen beobachtet, deutet man auf Vernichtung russischer Vorräte. Da sie nicht weiterangriffen haben, ist noch nicht berichtet. Zum Kampfe hat die Stadt an sich jedenfalls nicht gestanden. Sie ist von drei Seiten umlagert worden. Die Russen wurden dadurch gezwungen, abzugeben.

Die Leninisten als Hochverräter.

In den Petersburger Zeitungen veröffentlicht der Staatsanwalt des Hauptgerichtshofs von Petersburg einige Angaben, die die Behörden dazu trieben, Lenin, seine Parteigänger und Anhänger sowie den Urheber der Kronstädter Meutereien, Kaido, und andre moralischfrische Sozialdemokraten zu verfolgen. Alle diese Personen sind, so sagt der Staatsanwalt, des Hochverrats und der Anstiftung zur Verleumdung der Bürger, in verbotenen Beziehungen zu Agenten der Ausland feindlichen Länder eintreten, um zusammen mit ihnen die russische Armee und das Land hinter der Front zu desorganisieren. Zu diesem Zweck entwickelten sie mit dem von den erwähnten Agenten erhaltenen Geld eine Propaganda unter der Bevölkerung und die Truppen, indem sie diese dazu anstifteten, den Kampfbesehlen nicht zu gehorchen.

Außerdem werden sie angeklagt, in Petersburg zu dem gleichen Zweck am 18. Juli eine bewaffnete Erhebung gegen die Regierung organisiert zu haben. Die von zahlreichen Anführern und Gemalisten sowie Verhaftungsverbindungen von Mitgliedern der Regierung begleitet war. Alle diese Handlungen hatten zur Folge, daß gewisse militärische Einheiten sich weigerten, gegen den Feind zu marschieren, was die militärischen Operationen der feindlichen Heeres erleichterte.

Der Staatsanwalt betont, daß die Untersuchung zu dem Ergebnis geführt habe, daß in Russland eine ausgebreitete deutsche Spionageorganisation an der Arbeit sei und daß gewisse, unlegbare Tatsachenglauben machen, daß Lenin ein deutscher Agent

... der nach Russland gehen sollte, um dort in einer Weise vorzugehen, die zu dem Erfolg Deutschlands in seinem Kampfe gegen Russland beitrug.

Bruderkrieg ist wichtiger.

Der englische Sozialist Hg. Ramsay MacDonald hat das Friedensprogramm des Deutschen Reichstags für gut gefunden, daß er dem englischen Unterhaus seine Annahme empfahl. Die deutschen „Unabhängigen“ haben aber dieses Programm für so falsch erklärt, daß sie es abzulehnen gezwungen wären. Dies wurde MacDonald vor der Abstimmung im Unterhaus in der jüngstigen englischen Presse vorgehalten, seine Aktion wurde dadurch in englischen Augen zur Lächerlichkeit verurteilt.

Wir möchten nun mitteilen, wie sich die „Leipziger Volkszeitung“ mit diesem Erfolg der unabhängigen „Friedensarbeit“ abfindet. Sie schreibt:

Mit solcher Ausübung seiner Worte zu Zornen, die er verdient, muß jeder Politiker rechnen. Er wird in solchen Fällen die Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen. Es liegt aber jede oppositionelle Tätigkeit im Inland einfach lahmlegen, wenn man die Mühsal auf den Widerspruch, der im Ausland mit solcher Kritik getrieben werden kann, zur alleinigen Rücksicht nehmen sollte. Im vorliegenden Falle war es viel wichtiger, dem deutschen Volke die Möglichkeit der sogenannten Friedensreferendation des Mittelbaus aufzugeben, was es viel notwendiger, den Regierungsozialisten und den anderen Parteien des Blocks den Stachel der Kritik in die Seite zu stechen, um sie nach Möglichkeit vorwärtszujubeln, als in Aussicht auf die Kriegshetze im Ausland an der Verschärfung der Dinge teilzunehmen.

Insmerhin, die englischen Friedensfreunde haben die Resolution des Reichstags für wichtig genug gehalten, um sie zum Ausgangspunkt ihrer politischen Aktion zu nehmen, und sie sind dann erst von der „Times“ und ihren Kronenungen Seite auf die „Möglichkeit“ dieser Grundfrage hingewiesen worden. Die „Leipziger Volkszeitung“ findet aber weiter nichts dabei, daß durch die unsinnige Politik ihrer Leute die englische Friedensbewegung direkt in die Niederlage hineingetrieben worden ist; sie hält das für einen kleinen Nachteil gegenüber dem großen Vorteil, daß man der sozialdemokratischen Fraktion wieder einmal „den Stachel der Kritik in die Seite getrieben“ hat.

Die „Leipziger Volkszeitung“ umschreibt damit vollständig richtig den geistigen Wesens Kern der „unabhängigen“ Politik: Parteifreie, Bruderkrieg ist wichtiger als Friedensarbeit!

Der Justizminister als Reichstagsabgeordneter

Das Organ des rheinischen Zentrums, die „Niederrheinische Volkszeitung“ schreibt:

Was das Reichstagsmandat Spanns anlangt, so kommt zunächst Art. 21 der Reichsverfassung in Betracht, welches sagt: „Wenn ein Mitglied des Reichstags ein höheres Reichsamt oder in einem Bundesamt ein behördliches Staatsamt annimmt, oder im Reichs- oder Staatsdienst in ein Amt tritt, mit welchem ein höherer Rang und ein höherer Gehalt verbunden ist, so verliert er Sitz und Stimme in dem Reichstag und kann seine Stelle in demselben nur durch neue Wahl wiedererlangen.“ Demnach ist das Mandat Dr. Spanns zum Reichstag zunächst erloschen. Es ist aber selbsterklärend, daß er sich für die Neuwahl seinen Wählern wieder zur Verfügung stellen wird, und ebenso selbsterklärend wird es sein, daß diese ihn wieder wählen.

Der Fall, daß ein aktiver Staatsminister gleichzeitig Mitglied des Reichstags ist, steht in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands, falls sich Spanien wieder wählen läßt, einzig da. Spanien kann dann aber nicht Mitglied des Bundesrats sein, denn Artikel 9 der Reichsverfassung sagt: „Niemand kann zugleich Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein.“

„Verwundene“ Schweine und Kartoffeln.

In einem Artikel des Reichstags- und Landtagsabgeordneten Dr. Hoff in der „Berliner Volkszeitung“ vom 14. Juli wird ausgeführt:

Durch Bundesratsverordnung vom 31. Juli 1916 wurde zur Deckung des für die Ernährung der Bevölkerung vom 1. August 1916 bis 15. August 1917 erforderlichen Bedarfs an Kartoffeln in den Stommalverbänden und Bezirken, die diesen Bedarf nicht aus den bei ihnen verfügbaren Vorräten decken können, eine Menge von reichlich 270 Millionen Zentnern auf die Lebensmittelkarte umgelegt, von denen etwa 200 Millionen Zentner allein auf die preussischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Hannover, Brandenburg und Sachsen entfielen. Wieviel sind von diesen 270 Millionen Zentnern tatsächlich an die genannten Verbraucher geliefert worden? Nach Angabe der Reichsstatistik waren es, sage und schreibe, im ganzen 65 Millionen Zentner, das heißt noch nicht einmal der vierte Teil der vorgesehenen Menge. Von den bei möglicher Verzehrung gerechneten 23 bis 24 Millionen Tonnen Kartoffeln, die Hälfte der normalen Friedensmenge, sind für auf etwa 45 Millionen zu veranschlagenden verjüngten Bevölkerung Bevölkerung der übrigen Bevölkerung auf derselben Höhe an, so ergibt sich für den menschlichen Verbrauch eine Menge von 8 1/2 Millionen Tonnen. Für die Saat sind nach Mittelwert des Futteranforderungsamts etwa 3 Millionen verwendet worden. Das ergab zusammen 11 1/2 Millionen Tonnen. Wo sind die übrigen 11 1/2 bis 12 1/2 Millionen Tonnen geblieben? Ein Teil ist offenbar auf Schwund zu rechnen. Die übrigen aber sind — den be-

stehenden Verböten zum Trotz — in den Tiermassen gewandert. Die Lebergröße der Tiere, insbesondere der Schweine, die wir im vergangenen Jahre gehalten haben, war jetzt, wie in früheren Jahren unser Unglück. Am 1. September 1916 wurden 17 261 000 Schweine in Deutschland gezählt, am 1. Dezember 1916 noch 17 002 000. Für diese gewaltige Zahl von Tieren standen, nach Erlaß des Kartoffelverwertungsverbotes, neben den in der Kriegszeit noch Menge und Güte feigen Abfällen, nur die für die menschliche Ernährung unbrauchbaren Kartoffeln und etwas Gerste zur Verfügung. Diese „erlaubten“ Futtermittel aber reichten bei weitem nicht aus, um eine so große Schweinezahl zu halten, geschweige denn zu mästen.

Wo aber sind die mit diesen Stoffen gefütterten Schweine geblieben? Auch sie sind größtenteils „verwundet“, d. h. der allgemeinen Volksernährung nicht zugute gekommen. Am 1. Dezember 1912 wurden 3, 2. März 22 Millionen Schweine gezählt. In demselben Jahr aber wurden 24 Millionen Schweinegeschlachten vorgenommen. Man wird daher mit Sicherheit annehmen können, daß im Jahre 1916 mindestens 18 Millionen Schweinegeschlachten in Deutschland vorgenommen worden sind. Kontrolliert und angemeldet aber sind — mit Einschluß der Nachschlachten — nur circa 4 1/2 Millionen gewerbliche Schlachtungen für das Meer und die Zintheinführung und circa 6 Millionen Hausgeschlachten. Das sind 10 1/2 Millionen. Die anderen 7 bis 8 Millionen Schweine sind einfach „verwundet“, Am 1. September 1916 wurden gezählt 11 205 000 Schweine unter 1/2 Jahr, 4 231 000 von 1/2 bis 1 Jahr, 1 823 000 über 1 Jahr alt. Waren nun, was theoretisch angenommen werden mag, in der Zeit vom 1. September 1916 bis 1. März 1917 gar keine Schweine geschlachtet oder sonst abgegangen, so hätte die ganze erzie und zweite Altersgruppe um je eine Stufe in die Höhe rücken müssen. Am 1. März hätten also 4 231 000 und 1 823 000 gleich 6 054 000 Schweine über 1 Jahr alt und 11 205 000 Schweine von 1/2 bis 1 Jahr vorhanden sein müssen. Geblieben aber wurden am 1. März 1917 nur 1 497 000 Schweine in einem Alter von mehr als 1 Jahr und 2 952 000 in einem Alter von 1/2 bis 1 Jahr. Die beiden Differenzen 6 054 000 — 1 497 000 und 11 205 000 — 2 952 000 ergeben die Zahl der in diesem Zeitraume geschlachten oder sonst abgegangenen Schweine. Das aber ergibt die stattliche Zahl von 12 910 000 Stück. An Hausgeschlachten aber wurden in dem genannten Zeitraum 5 175 000 angemeldet und zugelassen. An gewerblichen Schlachtungen, mit Einschluß der Nachschlachten, aber wurden 2 111 000 vorgenommen. Kontrollierte Schlachtungen werden also 7 286 000 gezählt. Der Meib von reichlich 5 1/2 Millionen Schweinen ist in dem halbjährigen Zeitraum vom September bis März einfach „verwundet“. Die für das ganze Jahr ermittelte Zahl von 7 bis 8 Millionen findet darin eine Bestätigung.

In alle Nachschlachten in der Zahl der gewerblichen Schlachtungen einhalten sind, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die bei weitem überwiegende Mehrzahl der 5 1/2 Millionen verwundenen Schweine auf unbedeutende und unangemessene Schlachtungen zurückzuführen ist, auf Hausgeschlachten zum Zwecke des Schleichhandels. Die Schweine haben uns ein gut Teil der Kartoffeln und des Getreides weggefressen. Das mit diesen untauglichen Futterstoffen erzeugte Fleisch und Fett aber ist der Allgemeinheit nur zu einem winzigen Teile zugute gekommen.

Gewert Hg. Hoff, als Ernährungsminister führte Dr. Michaelis im Reichstag aus: Es sei zweifellos, daß große Mengen Kartoffeln gegen die bestehenden Bestimmungen vertrieben worden seien. Die Minister bestritten dies und bestritten dies auch heute noch. Es ist nach der Feststellung des Abgeordneten Hoff auch heute noch den Mut dazu haben werden?

Doch wichtiger als das sind die Feststellungen selber. Sie fragen wir, ist es möglich, daß solche Mengen von Kartoffeln verschwänden, und daß obendrein so viele Schweine, die mit den verwundenen Kartoffeln gefüttert worden sind, der Allgemeinheit entzogen werden konnten? Die Mangelhaftigkeit der Organisation unserer Ernährungsverwaltung tritt hier groß in die Erscheinung.

Mußik und Krieg.

Der französische Komponist Camille Saint-Saëns, dem der Krieg eine willkommene Gelegenheit ist, die lästige Konkurrenz der deutschen Musik aus dem Felde zu schlagen, muß sich eine gepörrichte Notiz eines Landmanns im „Journal du Peuple“ gößlich lassen:

„Wie hat man bloß behaupten können, schreibt das Blatt, daß die Musik die Sitten beinähige! Welch ein Irrtum! Mit viel größerer Rechte kann behauptet werden, daß die Musik die Sitten verberbt, alle Bande fremder Ehen löst. Als Mutter, beispiel bedürftig, mühen wir Herrn Camille Saint-Saëns unter dem Einfluß des Krieges anzuführen.“

Nach am selben Tage, an dem Deutschland den Krieg erklärte, hat Herr Saint-Saëns ein Schlagschreiben gegen Wagner angehängt. Seitdem hat er die Waffen nicht niedergelagt. Das ist einmal einer, der durchhalten wird bis zum Ende. Wo'se Jüngern — und ihrer sind viele — wollen behaupten, daß sich der Meister in seinen hitzigen Angriffen, seinen immer erneuten Ausfällen und injektivsten Verhörungen von weniger ebenwollen Absichten leiten läßt, als der oberflächliche Beurteiler vielleicht meinen könnte.

Wagner ist nicht mehr da, um sich zu verteidigen. Es mag unter Umständen verdenklich sein, einen Gegner herauszufordern, ihn zu zwingen, Farbe zu bekennen und seine Kräfte mit ihm zu messen. Aber ist es wohl möglich, einen Dialektiker gegen einen Dialektiker zu verfahren und um seine Leiche ein Schlachtfeld zu vollziehen?

Auch die orthodoxen Katholiken behaupten nicht, daß Paradies und Hölle noch Nationalitäten gebildet sind. Dort oben, Herr Saint-Saëns, wird Ihnen einmal die Möglichkeit Ihres Benehmens zum Bewußtsein kommen. Und zu Ihrer Ehre wollen wir annehmen, daß Sie alsdann nur immer begreifen werden, wie Sie auf Erden so heinzig einen großen Genuß betampfen konnten, und zwar ausgebreitet in dem Augenblick, da dem Volk endlich seine Werte in außerordentlichen Auführungen

geboten werden sollten, an deren Anfertigung wir selbst einmengen gewandt hatten.“

In der dem Herrn Saint-Saëns gefügigen Zeitungsbesprechung klingt es allerdings anders. —

Perspektiven.

Die französische Zeitung „Le Chemin“ bespricht die Spezialfolge eines am 17. November 1870 von Anatoles de Grammont in dem belagerten Paris vermittelten Friedens, dem unter anderem auch Goethein Saint-Giloire beizuhohie:

Für die Bräute mit Kirchturme
Schadlos Hundeleber à la maître d'hôtel
Schadlos Hagen geist in Weinwaisentraube
Gedämpfte Hundeschäuler und Hundefleiss in Tomatenauce
Kuchenpfeffer mit Pilzen
Sundelotzetta mit grünen Erbsen
Kartoffeln
Sundelotzetta mit jungen Kauten in Pfefferauce
Kandierte Beigoten
Ferdinand puppina.

Das Blatt bemerkt, einer ganzen Anzahl von Geliebten hat das Essen so wenig geschmeckt, daß sie sich nach heute ihres Lebens erziehen. —

Notizen.

Niederangriffe auf Dynamände und Ceseil. Der deutsche Admiralfeldmarschall meldet: Unter Hingungsgewalt über an der türkischen Küste belagert in der letzten Woche militärische Fabrikanlagen bei Dänamände sowie bestiegte Kanonen auf der Südküste der Insel Ceseil mit Spreng- und Brandbomben. Gute Erfolge wurden beobachtet. Trotz starker Gegenwehr sind alle Anlagen ohne Verluste oder Beschädigungen zerstört.

Das linke Rheintal. Der Abgeordnete Lees Smith befragte im Unterhaus am 1. August den Staatssekretär des Meubers, ob das Ministerium am liebsten oder nichtam liebsten von der zwischen Frankreich und England bestehenden Abmachung über die Verhängung Kenntnis habe, nach der Deutschland im Falle des Sieges der Entente-mächte, abgesehen von Eliaf-Vorfällen, irgendwelcher Gebietsteile auf dem Festland des Rheins herausgegeben werden sollte. Balfour antwortete: Er habe keine Nachricht, abgesehen von dem, was in der Presse erschienen sei. Lees Smith fragte weiter: Die Michtigkeit der von Lord geilen in der Deputiertenkammer abgegebenen Erklärung angenommen, würde das nicht bedeuten, daß die Mächtigkeit beisteht, Gebietsteile zu nehmen, die Generationen hindurch von Leuten benutzt wurden, welche... Der Redner wurde hier von dem Vorleser mit der Bemerkung unterbrochen, daß das Ende der französischen Kammer sei.

Der einhellige Konferenztermin. Die Friedenskonferenz, ist, wie dem „Vorw.“ aus Aachen-telegraphiert wird, nach Verhandlungen zwischen dem holländisch-italienischen Komitee und den englischen und französischen Sozialisten auf den 9. September festgesetzt. Die Franzosen und Engländer wünschen diesen Zeitpunkt, weil die Konferenz der Allierten in London am 28. 29. August der Kongress der englischen Arbeiterpartei am 3. September stattfindet. Bemerkenswert ist, daß das Telegramm der Franzosen abgelehnt wurde nach der Kammer-Debatte am 4. August und holländisches Telegramm gleichfalls. Nach die Amerikaner werden jetzt in Stockholm erwartet. — Eine Meldung des Schwedischen Telegrammbüros aus Stockholm bestätigt, daß der Termin der Konferenz einhellig auf den 9. September festgesetzt worden ist. —

Eine japanische Werbung an Washington. Japan ließ in Washington die „Anregung“ unterbreiten, die Vereinigten Staaten möchten eine Erklärung abgeben, daß sie sich jeder Einmischung in die chinesischen Angelegenheiten, die geeignet wäre, die Interessen Japans zu beeinträchtigen, enthalten wollen. —

Erfolg bei Focfani.

W. T. S. Großes Hauptquartier, 7. August 1917. (Anteil.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war die Kampftätigkeit der Allierten nur verhältnismäßig in einigen Abschnitten lebhaft. Im Zinderfeld kam es mehrfach zu Zusammenstößen von Gefechtsabteilungen.

Im Artois lag hartes Feuer auf den Stellungen zwischen Ankund und der Scarpe.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Verstärkte oberbayerischer und württembergischer Sturmtruppen in die Salmit von Vesin (nördlich der Straße von—Zaifens) und bei Bern-au-Bac an der Aisne brachten uns Gewinn an Gefangenen und Beute.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern

Die Lage ist unverändert.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Am 27. und 28. August 1917 wurde kämpfend Boden gewonnen; am im Ostliche ging es trotz zähen feindlichen Widerstandes vorwärts.

Erneute rumänische Angriffe am Mar. Catinul und bei Klotter Lepia (am Putna-Fluß) brachen verlustreich zusammen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

In ostlichem Angriff führten preussische und bayrische Regimenter die russischen Stellungen nördlich von Focfani, 1300 Gefangene, 13 Geschütze und zahlreiche Grabenwaffen wurden eingebracht.

Wagendnische Front:

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister

Ludendorff.

